

Die legale Lösung

Drogen, Geheimdienste, Banken und Terror – der Stoff, aus dem Krimis sind. Aber auch das reale Leben. Der Publizist Matthias Bröckers hat deshalb ein Aufklärungsbuch geschrieben. **Seite 3**

Krach soll bald zu Ende sein

Zu den BBI-Flugrouten wird weiter diskutiert und demonstriert. Flughafenchef und Senat rechnen mit einer baldigen Einigung in der Fluglärmmmission. Tendenz: Es soll leiser werden. **Seite 11**

Politikmärchen

And the winner is ... »The King's Speech«. Der Film über den stotternden König Georg VI. erhielt gleich vier Oscars. Ein sehenswerter Film, der aber historische Tatsachen verschweigt. **Seite 15**

Standpunkt

Formsache

Von Ines Wallrodt

Es klingt wie vorgeschoben, wenn die Befürworter des Atomausstiegs mit einer Formfrage nach Karlsruhe ziehen. Union und FDP hätten die Verlängerung der Atomlaufzeiten nicht ohne den Bundesrat beschließen dürfen, sagen SPD, Grüne und LINKE und machen keinen Hehl daraus, dass sie auf diesem Wege die im Herbst durchgesetzte Entscheidung kippen wollen. Und doch hat die Kritik daran, wie die Gesetze zustande gekommen sind, ein eigenes Gewicht. Es gibt gute Argumente gegen das Vorgehen der Bundesregierung; angesehene Staatsrechtler gehen von einer Zustimmungspflicht des Bundesrats aus, darunter der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, das CSU-Mitglied Hans-Jürgen Papier.

Es ist daher nichts daran auszusetzen, wenn auf einer Seite Verfahrenskritik und inhaltliches Ziel zusammenfallen. Bedenklich ist dagegen, dass sich kein einziges unionsgeführtes Bundesland der Klage anschließen mochte, nur um die Laufzeitverlängerung nicht zu gefährden. Offenbar fehlt es an eingefleischten Demokraten, die nicht zuerst schauen, was »hinten rauskommt«, bevor sie demokratische Verfahren verteidigen. Union und FDP handeln nach dem Motto: Demokratie nur, wenn einem das Ergebnis passt! Der Ausstieg aus dem Atomausstieg samt Geheimvertrag mit der Atomlobby war kein Ausrutscher, wie der Umgang mit der Causa Gutenberg zeigt. Auch hier gelten plötzlich übliche Regeln nicht mehr. Das alles ist keine langweilige »Formfrage«, sondern trifft die Demokratie ins Mark.

Unten links

Eine unerklärlich hohe Selbstmordrate in den Belegschaften, die die Elektronikprodukte von Apple herstellen, beschäftigte mehrfach die Öffentlichkeit. Im fernen Asien, wo die edlen Geräte gefertigt, verschraubt und gelötet werden, stürzten sich immer wieder Arbeiter in den Tod. Und der Verdacht wollte nicht verstummen: Werden unsere perfekten iPods, iPads und iPhones etwa unter nicht perfekten Arbeitsbedingungen hergestellt? Diese Frage ließ der Apple-Konzern nun von Emissären beim Zulieferer Foxconn klären. Und die Reise bestätigte den Verdacht: Keiner hält sich an die Grenzen der Sechzig-Stunden-Woche, die Apples humanistischer »Verhaltenskodex« erlaubt. Und auch Kinder werden als Arbeitsklaven geknechtet. Da musste gehandelt werden. Nun werden laut Apple bei Foxconn »definitiv Menschenleben gerettet«. Wurden die knapp kalkulierten Löhne erhöht? Nein: Foxconn schenkte seinen Angestellten und potenziellen Todes-Springern – Auffangnetze. *mei*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Klage gegen AKW-Laufzeiten

Bundesländer wollen »Ausstieg aus dem Ausstieg« vor Bundesverfassungsgericht kippen

Von Ines Wallrodt

SPD-geführte Länder und die Opposition im Bundestag gehen jetzt auch vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die von Union und FDP durchgesetzte Verlängerung der AKW-Laufzeiten vor. Sie wollen die Ende 2010 ohne Zustimmung des Bundesrats beschlossenen Atomgesetzänderungen für nichtig erklären lassen.

Bremen hat gar kein Atomkraftwerk zu beaufsichtigen. Doch auch sein Land sei von der beschlossenen Laufzeitverlängerung betroffen, betonte der grüne Umweltsenator Reinhard Loske am Montag: »Setzt man den Zirkel in die Mitte von Bremen, stehen im Umkreis von 130 Kilometern sechs AKW«, fasste er in ein Bild, warum die Atomkraftfrage alle angeht. Im Ernstfall macht die Strahlung nicht vor Ländergrenzen halt. Für die Verfassungsklage, die sein Bundesland gestern zusammen mit vier weiteren SPD-geführten Ländern in Karlsruhe einreichte, ist es letztlich aber egal, ob ein Land selbst die direkte Atomaufsicht ausübt. Das höchste deutsche Gericht muss klären, ob der Bundesrat als Ganzes bei der Entscheidung hätte mitreden müssen.

Nach Auffassung von Bremen, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ist der Bundestagsbeschluss vom Dezember 2010 wegen Umgehung der Länderkammer verfassungswidrig. Sie wollen den »Ausstieg aus dem Ausstieg« kippen, die Ländervertreter betonten aber auch, dass es ihnen ums Prinzip geht. »Es geht uns um die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Länder. Diese hat die Bundesregierung wider besseres Wissen missachtet«, sagte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad (SPD).

Die schwarz-gelbe Koalition hatte den Ausstiegsbeschluss von Rot-Grün aus dem Jahr 2000 rückgängig gemacht. Sieben Uralt-Meiler bekamen zusätzlich acht Jahre Laufzeit, die zehn übrigen 14 Jahre mehr. Union und FDP meinen,



Offensichtlich unsicher: Atomkraftgegner gestern am AKW Neckarwestheim in Baden-Württemberg

Foto: dpa

dies sei eine »moderate« Verlängerung, die Länder müssten daher nicht gefragt werden.

Die Länder, die für die Einhaltung von Sicherheitsauflagen zuständig sind, argumentieren in ihrer Klage dagegen mit einer Vielzahl zusätzlicher Belastungen. Zum einen müsse deutlich länger Personal zur Verfügung gestellt werden, als bislang vorgesehen, zum anderen seien erhebliche Nachrüstungen von alten Meilern nötig. Sie verweisen darauf, dass einzelne Kraftwerke deutlich länger am Netz bleiben könnten – je nach Drosselung, Stillstand und Übertragung von Reststrommengen bis in die 2030er Jahre. Mehr-

belastungen sehen sie auch durch weitere Atommülltransporte auf sich zukommen. »Längere Laufzeit bedeutet mehr Müll, mehr Transporte, mehr Proteste, mehr Sicherheitsaufwand«, fasste der Bremer Loske die Betroffenheit der Länder zusammen.

Letztlich ist die juristische Frage, wie stark das Atomgesetz verändert wurde. »Jede Erhöhung der Reststrommengen ist eine wesentliche Umgestaltung des Atomgesetzes« und erfordere daher die Zustimmung des Bundesrats, so Berlins Umweltsenatorin Katrin Lompscher (LINKE). Wo genau die Zustimmungspflicht des Bundesrats beginnt, ist unter Juristen um-

stritten. Gutachten stützen sowohl die eine als auch die andere Auffassung.

Die Oppositionsfraktionen im Bundestag wollen dieser Tage noch eine zweite Klage einreichen. Ihre Beschwerde richtet sich nicht nur gegen die Umgehung des Bundesrats, sondern auch gegen die aus ihrer Sicht zu niedrigen Sicherheitsanforderungen. Zusammen mit einer Klage von Greenpeace wären dann drei Beschwerden in Karlsruhe anhängig. Bis zu einer Entscheidung könnten einige Jahre verstreichen. Die Länder hoffen allerdings, dass es noch dieses Jahr zumindest eine mündliche Verhandlung geben wird.

Erdogan löst erneut Integrationsdebatte aus

Scharfe Kritik nach Düsseldorfer Rede des türkischen Regierungschefs

Von Marcus Meier

Wenige Monate vor den türkischen Parlamentswahlen sprach Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in Düsseldorf vor 11 000 türkischstämmigen Migranten. Der nationalistische Politiker rief seine Zuhörer zur Integration auf, warnte aber vor Assimilation, also völliger Anpassung.

Recep Tayyip Erdogan umarmt seine Zuhörer verbal. »Wer Ihnen auch irgendetwas sagt, so der türkische Ministerpräsident, »Sie sind meine Staatsbürger.« Der Applaus ist dem Vorsitzenden der teils islamistischen Partei Adalet ve Kalkinma Partisi (AKP) sicher. Sie sitzen auf den Rängen, sie stehen in den Gängen. Sie applaudieren, sie johlen, sie schwenken türkische, mitunter auch deutsche oder Europa-Fahnen: 11 000 Zuhörer sind am Sonntagabend in den Düsseldorfer ISS Dome gekommen, um

den konservativ-nationalistischen Politiker zu feiern. Immer wieder wird Erdogan durch frenetischen Jubel unterbrochen. Erdogan ruft: »Ja zur Integration, nein zur Assimilation. Niemand kann uns unsere Kultur wegnehmen.« Bereits 2008 hatte Erdogan mit einem ähnlichen Auftritt in Köln wochenlange Diskussionen über die Integration türkischer Zuwanderer ausgelöst.

In Düsseldorf mahnt Erdogan: Zuerst müssten türkische Kinder ihre Muttersprache lernen – auch in Deutschland. Gleichzeitig fordert er seine Zuhörer auf: »Ich will, dass ihr Deutsch lernt, dass eure Kinder Deutsch lernen, sie sollen studieren, ihren Master machen.« Schließlich verlangt er: Deutschland solle alle Integrationsfragen mit der türkischen Regierung absprechen.

Zu aufputschender Musik wirft Erdogan Rosen ins Publikum. Kein

Wunder – es herrscht Wahlkampf: Bei den Parlamentswahlen vom 12. Juni dürfen auch zwei Millionen in Deutschland lebende Türken ihre Stimme abgeben. »Unser Ministerpräsident ist in Düsseldorf, so war die Erdogan-Veranstaltung auf 1200 großflächigen Plakaten beworben worden.

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt kritisierte es als »bemerkenswerten Vorgang«, wenn ein ausländischer Staatschef nach Deutschland komme und die Gelegenheit wahrnehme, um seine Landsleute »aufzuwiegeln«. Erdogan habe die Integrationsbemühungen »um Jahre zurückgeworfen«. Bundesaußenminister Guido Westerwelle nannte die deutsche Sprache den »Schlüssel zur Integration.« »Die Kinder, die in Deutschland groß werden, müssen zuallererst Deutsch lernen.«

Dem widersprechen Fachleute seit Langem. »Westerwelles reflex-

artige Reaktion ist pädagogischer Unfug«, sagte Marianne Demmer, Vizevorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW, gegenüber ND. Wichtig sei, so Demmer, dass Kinder eine Sprache vernünftig lernen, und sei es zunächst diejenige der Eltern. »Das ist das Fundament für alle weiteren Sprachen.«

Derweil erklärte Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Integrationsprobleme türkischer Migranten hätten in erster Linie soziale Ursachen. Sie ließen sich nicht durch das Erlernen der deutschen Sprache allein lösen. Die deutsche wie auch die türkische Regierung würden das Integrationsthema »zu innen- und außenpolitischen Zwecken« missbrauchen.

Bereits vor Erdogans Rede hatte Unions-Fraktionschef Volker Kauder einen Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gefordert. *Kommentar Seite 4*

International wächst Druck auf Gaddafi

EU setzte Sanktionen in Kraft / Kämpfe in Libyen

Genf/Bengasi (Agenturen/ND). Die internationale Gemeinschaft macht erhöhten Druck auf Libyens Machthaber Muammar al-Gaddafi. Nach der UNO-Beschluss am Montag auch die EU Sanktionen gegen den Staatschef. Einstimmig besiegelten die 27 EU-Staaten auf einem Ministerrat in Brüssel die Strafmaßnahmen. Damit gelten seit Montag Reiseverbote und Kontosperrungen gegen Gaddafi und 25 Vertraute. Zudem sei ein Embargo für Waffen und andere Güter beschlossen worden, die zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt werden können.

Am Rande der jährlichen Sitzung des UNO-Menschenrechtsrats in Genf berieten Bundesaußenminister Guido Westerwelle und US-Außenministerin Hillary Clinton mit ihren Kollegen aus Italien, Russland und Großbritannien über weitere Schritte. Europäer und die USA erwägen die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen, um Luftangriffe der libyschen Streitkräfte zu unterbinden.

Libysche Regierungsgegner brachten nach eigenen Angaben auch im Westen des Landes inzwischen mehrere Städte unter ihre Kontrolle. Gaddafis Luftwaffe bombardierte laut Berichten von Augenzeugen Munitionsdepots im von der Protestbewegung kontrollierten Osten des Landes.

Auch in anderen arabischen Staaten setzt die Reformbewegung ihre Aktionen fort. *Seite 7*

Kurz

Iran: Neue Proteste

Teheran (dpa). Die iranische Protestbewegung hat für den heutigen Dienstag Demonstrationen und Proteste gegen die angebliche Verschleppung von zwei Oppositionsführern, den Politikern Mir Hussein Mussawi und Mehdi Karrubi, angekündigt. *Seite 7*

Soldaten getötet

Kabul (dpa). Bei Angriffen in Afghanistan sind am Montag mindestens vier Soldaten der von der NATO geführten Schutztruppe ISAF ums Leben gekommen.

Israelischer Angriff

Tel Aviv/Gaza (dpa). Bei einem israelischen Luftangriff im Gaza-Streifen ist ein Palästinenser getötet worden, ein zweiter wurde schwer verletzt. Augenzeugen zufolge galt der Angriff mutmaßlichen Angehörigen einer militanten Gruppe, auf die ein israelischer Kampfjet eine Rakete abfeuerte.

Waffenruhe vorbei

Istanbul (dpa). Die Kurdische Arbeiterpartei PKK hat ihre einseitig erklärte Waffenruhe im Kampf gegen die türkische Regierung aufgekündigt. In einer am Montag verbreiteten Erklärung habe die PKK zudem die türkische Regierungspartei AKP beschuldigt, zur Lösung des Kurdenkonflikts nicht bereit zu sein, wie die PKK-nahe Nachrichtenagentur Firat berichtete.